

Niederschrift

über die in der 06. Sitzung des Kreistages
am 07.05.2015 im Maywaldsaal des Kreishauses in Kleve gefassten Beschlüsse

Beginn der öffentlichen Sitzung	: 16:00 Uhr
Ende der öffentlichen Sitzung	: 18:05 Uhr
Beginn der nichtöffentlichen Sitzung	: 18:05 Uhr
Ende der nichtöffentlichen Sitzung	: 18:55 Uhr

anwesend sind

Angenendt, Brigitte	Kleve
Croonenbroek, Hubertina	Kerken
Draack, Franz-Josef	Wachtendonk
Düllings, Paul	Issum
Elverfeldt von, Max	Weeze
Erkens, Hans-Willi	Geldern
Fenger, Andre	Rees
Giesen, Heinz	Geldern
Heinzel, Freddy	Emmerich am Rhein
Hohl, Peter	Kevelaer
Kerkenhoff, David	Kalkar
Kersten, Gertrud	Kranenburg
Klinkhammer, Robert	Rees
Koppers, Josef	Goch
Dr. Krebber, Klaus	Emmerich am Rhein
Mailänder, Josef	Straelen
Mulder, Andy	Kleve
Palmen, Manfred	Kleve
Papen, Hans-Hugo	Rheurdt
Poell, Peter	Goch
Schmidt, Gabriele	Kleve
Schreiber, Adolf	Goch
Selders, Hannes	Kevelaer
Stevens, Agnes	Uedem
Ulrich, Ulrike	Emmerich am Rhein
Winkels, Lothar	Bedburg-Hau
Wolters, Stephan	Geldern
Beckers, Irmgard	Issum
Berg, Josef	Kleve
Derstappen, Gertrud	Wachtendonk
Eicker, Sigrid (bis TOP 12)	Geldern
Engler, Gerd	Goch
Franken, Jürgen	Kranenburg
Friedmann, Peter	Rees
Helbing, Peter	Kerken
Kreutzmann, Andrea	Geldern
Rupp, Thorsten	Emmerich am Rhein
Sander, Helma	Kalkar
Trenckmann, Bettina	Goch
Vopersal, Jörg	Kevelaer

Weber, Otto	Straelen
Wucherpennig, Brigitte	Kleve
Gorißen, Dietmar	Kleve
Prof. Dr. Klapdor, Ralf	Uedem
Wittenburg, Thomas	Issum
Krystof, David	Goch
Dr. Prior, Helmut	Kleve
Sickelmann, Ute	Emmerich am Rhein
Terkatz, Hans-Hermann	Straelen
(bis TOP 6)	
Reuter, Tim	Geldern
Habicht, Kai	Kerken
Heinricks, Michael	Kerken
Natrop, Mathias	Kranenburg
(bis TOP 11)	

entschuldigt sind

Plotke, Kathrin	Uedem
Höhn, Birgitt	Rees
Währisch-Große, Elke	Rheurdt
Raubach, Müserref	Kleve
Severin, Rainer	Kleve

anwesend sind von der Verwaltung

Spreen, Wolfgang
Boxnick, Zandra
Suerick, Wilfried
Reynders, Rudolf
Jansen, Christoph
Keuken, Ruth
Lamers, Silke
Lamers, Monika
Leenen, Marc (Auszubildender)

als Schriftführerin

Windmüller, Christina

- - - - -

Wortmeldungen im Rahmen der Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner ergehen nicht.

Landrat stellt fest, dass die Einladung zur Sitzung ordnungsgemäß erfolgt ist, die Einladungsfrist eingehalten und Ort und Zeitpunkt der Sitzung in der vorgeschriebenen Weise bekanntgemacht worden sind.

Landrat stellt weiter fest, dass der Kreistag beschlussfähig ist.

Folgende Schreiben wurden nachgereicht:

- Ergänzungsvorlage Nr. 226a/WP14 vom 04.05.2015 zu Tagesordnungspunkt 6 „Entwurf einer Satzung über die Erhebung von Beiträgen im Rahmen des Angebotes "Offene Ganztagschule im Primarbereich" an Förderschulen des Kreises Kleve“
- Ergänzungsvorlage Nr. 226b/WP14 vom 06.05.2015 zu Tagesordnungspunkt 6 „Entwurf einer Satzung über die Erhebung von Beiträgen im Rahmen des Angebotes "Offene Ganztagschule im Primarbereich" an Förderschulen des Kreises Kleve“ nebst Antrag der SPD-Kreistagsfraktion

Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Auf die Frage des Landrates an die Kreistagsmitglieder, ob sich jemand im Sinne der gesetzlichen Ausschlussgründe zu einem Tagesordnungspunkt oder Beratungsgegenstand für befangen hält, ergeht keine Erklärung.

- - - - -

Öffentliche Sitzung

- | | | |
|-----|---|----------|
| 1. | Nachwuchsbedarfsplanung für das Einstellungsjahr 2016 | 238/WP14 |
| 2. | Frauenförderrichtlinien der Kreisverwaltung Kleve
Vorlage des Berichtes der Gleichstellungsbeauftragten | 236/WP14 |
| 3. | Besetzung des Gremiums
Forum für Seniorinnen und Senioren | 232/WP14 |
| 4. | Imagefilm des Kreises Kleve | 244/WP14 |
| 5. | Resolution des Kreistages Kleve zur Einbeziehung des Kreisgebiets
in den Feldversuch Lang-Lkw der Bundesregierung
Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vom 23.04.2015 | 253/WP14 |
| 6. | Entwurf einer Satzung über die Erhebung von Beiträgen im Rahmen
des Angebotes "Offene Ganztagschule im Primarbereich" an
Förderschulen des Kreises Kleve | 226/WP14 |
| 7. | Zweijährige Berufsfachschule - berufliche Kenntnisse und
Fachhochschulreife - mit der Fachrichtung Technik und dem
fachlichen Schwerpunkt Bau- und Holztechnik (APO-BK Anlage C5)
am Berufskolleg des Kreises Kleve in Kleve;
Erweiterung der Zügigkeit zum Schuljahr 2015/16 | 227/WP14 |
| 8. | Gemeinsame Beschulung von Fachklassen des dualen Systems im
Berufsbereich Metalltechnik 1 nach APO-BK Anlage A und
Erweiterung der Zügigkeit am Berufskolleg des Kreises Kleve in
Kleve zum Schuljahr 2015/16 | 229/WP14 |
| 9. | Finanzierungsbeteiligung der kreisangehörigen Städte und
Gemeinden an den Aufwendungen für kommunale Leistungen nach
dem SGB II und Regelung eines Härteausgleichs | 222/WP14 |
| 10. | Mitteilungen | |
| 11. | Anfragen | |

Nichtöffentliche Sitzung

- | | | |
|-----|---|----------|
| 12. | Berichte aus den Beteiligungsgesellschaften des Kreises Kleve | 250/WP14 |
| 13. | Mitteilungen | |
| 14. | Anfragen | |

Zu Punkt 1 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 238 /WP14

Nachwuchsbedarfsplanung für das Einstellungsjahr 2016

KTM Franken erklärt, dass seine Fraktion die Einstellung von Jugendlichen über Bedarf begrüßt. Er erkundigt sich, ob die Verwaltung Kenntnisse darüber hat, was aus den Auszubildenden geworden ist, die in den vergangenen Jahren über den Bedarf eingestellt wurden.

Ltd. KVD Boxnick führt aus, dass in 2014 von 14 Auszubildenden, die ihren Abschluss über Bedarf gemacht haben, 12 Auszubildende in einen befristeten Vertrag übernommen wurden, 1 Vermessungstechniker sei bei einem Vermessungsbüro beschäftigt worden und 1 Auszubildende sei bei der Stadt Emmerich am Rhein untergekommen. 2013 seien 8 von 10 Auszubildenden über Bedarf übernommen worden, eine Person habe ein Studium angefangen und eine weitere Person sei ebenfalls bei einer Kommune untergekommen. Somit seien alle Auszubildenden gut versorgt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Als Ergebnis der bedarfsgerechten Ermittlung notwendiger Nachwuchskräfte werden im Einstellungsjahr 2016

- 4 Kreisinspektor-Anwärterinnen/Anwärter
- 2 Kreisvermessungssoberinspektor-Anwärterinnen/Anwärter

eingestellt.

Darüber hinaus werden zur Sicherung der Zukunftschancen der Jugendlichen im Kreis Kleve im Einstellungsjahr 2016

- 12 Auszubildende für den Beruf der / des Verwaltungsfachangestellten und
- 2 Auszubildende für den Beruf der Vermessungstechnikerin / des Vermessungstechnikers

über den Bedarf hinaus eingestellt.

Die über den Bedarf hinausgehend zur Ausbildung vorgesehenen Bewerberinnen und Bewerber sind darauf hinzuweisen, dass eine Übernahmegarantie nicht ausgesprochen werden kann.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 236 /WP14

Frauenförderrichtlinien der Kreisverwaltung Kleve
Vorlage des Berichtes der Gleichstellungsbeauftragten

Frau Lamers stellt den Tätigkeitsbericht der Gleichstellungsbeauftragten vor. Der Vortrag ist als Anlage beigefügt.

KTM Schmidt führt aus, dass das Vorwort in dem Bericht mit dem Satz beginne, dass Gleichstellung in der Verwaltung, Politik und Öffentlichkeit zwischenzeitlich eine Selbstverständlichkeit sei. Daher könne man sich fragen, warum ein Frauenförderplan notwendig sei. Ohne Planung von Maßnahmen, der Realisierung und Wirksamkeitskontrolle gehe es offenbar nicht. Das Tätigkeitsfeld der Gleichstellungsbeauftragten sei breit und öffentlich wirksam. Rund die Hälfte der Beschäftigten in der Kreisverwaltung seien Frauen. Von einer absoluten Gleichstellung könne jedoch nicht die Rede sein, da der Anteil der Frauen im Niedriglohnsektor sehr hoch sei. Es brauche offenbar Zeit, Frauenförderung konsequent umzusetzen. Dies solle kein Vorwurf sein, sondern liege in der Sache begründet. Die Ausgangslage sei schwierig gewesen. Erst 1984 seien Gleichstellungsaufträge bestellt worden. Daher sei der Bericht richtungsweisend und ein Erfolg. Teilweise seien die Soll-Vorgaben erreicht oder sogar überschritten worden. In den höheren Besoldungs- und Entgeltgruppen sei es zu einer Steigerung des Frauenanteils gekommen. Gleiches gelte für die Besetzung von Fachbereichs- und Abteilungsleiterstellen. Bei den Stellvertreterstellen sei die Zielvorgabe leider nicht erreicht. Dass Frauen bereit sind, sich fortzubilden und zu qualifizieren, zeige der Bericht. Signifikant sei, dass die meisten Frauen in Teilzeit arbeiten. Es seien immer noch die Frauen, die die Pflege oder Betreuung von Angehörigen/Kindern übernehmen. Es dürfe nicht sein, dass dies Karrierenachteile nach sich ziehe. Teilzeit müsse nicht das Karriereende bedeuten, wenn der Dienstherr bereit sei, eine Führungsstelle zu teilen oder Heimarbeit zu ermöglichen. Insgesamt liege ein positiver Bericht vor. Sie dankt der Gleichstellungsbeauftragten.

KTM Sickelmann trägt den Dank ihrer Fraktion an Frau Lamers vor. KTM Währisch-Große habe die Stellungnahme ihrer Fraktion vorbereitet, die sie nun vortragen werde. Exemplarisch werde festgestellt, dass bei den Besetzungsverfahren für die Inspektorenanwärter sich mehr Frauen beworben haben, jedoch aus der kleineren Anzahl von männlichen Bewerbern mehr eingeladen wurden. Nach dem Gleichstellungsgesetz seien bei Unterrepräsentanz mindestens so viele Frauen wie Männer einzuladen. Bei der Statistik zu den Bildungsabschlüssen würden Frauen besser abschneiden. Ihre Fraktion könne sich nicht vorstellen, dass dieser Befund im Kreis anders aussieht und die Frauen nicht dem Anforderungsprofil der Verwaltung entsprechen. Es würde mehrere Studien geben, die erklären würden, wie die Mechanismen aussehen, mit denen geschlechtsspezifische Privilegien gesichert werden (homosoziale Kooptation). Dies werde nicht genügend gewürdigt. Doppelt so viele Frauen wie Männer im gehobenen Dienst würden keine Leistungszahlungen erhalten, obwohl sie als Beschäftigte bereits unterrepräsentiert seien. Nicht anders verhalte es sich mit den beruflichen Entwicklungen vorhandener Beschäftigter. In den Leitungsstufen aller Laufbahnen seien Frauen unterrepräsentiert. Insgesamt sei jedoch ein gewisser Fortschritt festzustellen. Es bleibe jedoch noch einiges zu tun. Es würde dem Land ein Rechtsgutachten vorliegen, das feststellt, dass die Bestimmungen des Landesgleichstellungsgesetzes in Gesellschaftsverträgen nicht eingehalten werden. Hierbei handele es sich um einen Gesetzesverstoß. Dies sei auch bei den Gesellschaftsverträgen im Kreis Kleve der Fall und müsse geändert werden.

KTM Trenckmann spricht im Namen ihrer Fraktion der Gleichstellungsbeauftragten ihren Dank aus. Bei der Stelle der Gleichstellungsbeauftragten handele es sich um eine Querschnittsaufgabe und das Thema dürfe nicht vernachlässigt werden. Auf Bundesebene würde die Gleichstellung mit Nachdruck vorangetrieben. Frauen würden weniger als Männer verdienen und würden zugunsten der Familie auf Karriere verzichten. Hier würde es an guten Bildungseinrichtungen, Pflegeplätzen, Betreuungsplätzen etc. fehlen. Frauen seien im Alter und als Alleinerziehende häufig von Armut betroffen und müssen auf Lohnersatzleistungen zurückgreifen. Von wichtigen Ämtern und gut bezahlten Jobs seien Frauen von einer Quote von 50% weit entfernt. Dies sei auch im Kreis Kleve so. Der Tätigkeitsbericht habe einen hohen Wert. Der von der Gleichstellungsbeauftragten vorgelegte Bericht würde durch viele Statistiken bestechen, sodass ein klares Bild entstehe. Eine aktuelle Betrachtung mit dem Frauenförderplan würde dadurch erleichtert. Der Zielvorstellung 50% hinsichtlich der Stellenunterrepräsentation zu erreichen, sei man relativ nahe gekommen. Teilweise würden Zielvorgaben überschritten. Sicherlich würde man aufgrund der besseren Qualifizierung von Frauen bei der Ausbildung von Verwaltungsfachangestellten auf lange Sicht einen Überhang an herausragenden Frauen haben. Männer würden daher zukünftig froh sein, dass der Art. 3

GG keine Frauenquote sondern eine Geschlechterquote vorsieht. Art. 3 GG beinhalte einen aktiven Förderanspruch, der von den Vorgesetzten durchgesetzt werden müsse. Aus dem Bericht der Gleichstellungsbeauftragten gehe hervor, dass von den beiden Bewerberinnen, die sich 2014 für eine Ausbildung zur Vermessungstechnikerin beworben haben, keine eingeladen worden sei. Die Gründe seien nicht bekannt. Hier müssen weitere Anstrengungen erfolgen. Auch die Förderung der Teilzeitausbildung müsse im Auge behalten werden. Die Entwicklung der Leistungsentgelte sei nicht erfreulich. Die leistungsorientierte Bezahlung gehe an den Frauen vorbei. Hier werde Abhilfe erwartet. Auch in der Leitungsebene und den entsprechenden Stellvertreterpositionen habe sich nicht sehr viel getan. Hier sei Jobsharing eine gute Abhilfe. Ihre Fraktion würde sich freuen, wenn Frau Lamers in einer der nächsten Sitzungen schon über Maßnahmen berichten würde, um die Vorgaben des Art. 3 GG einzuhalten. Teilzeitarbeit in Erziehung für Männer müsse attraktiver werden. Es sei ein Skandal, dass zwischen 2011 und 2013 keine Frau an der Qualifizierung für Führungskräfte teilgenommen habe. Hier hätte ein vermittelnder Einsatz wahrscheinlich geholfen. Zukünftig werde erwartet, dass explizit aufgezeigt werde, in welchem Umfang die Gleichstellungsbeauftragte an internen Beratungsgesprächen teilnimmt. Dann könne nachvollzogen werden, ob eine Teilzeitstelle für die Gleichstellungsbeauftragte ausreiche. Ihrer Meinung nach reiche dies nicht aus. Die Gleichstellungsarbeit außerhalb der Kreisverwaltung müsse ausgebaut werden, Impulse müssen gegeben werden und eigene Veranstaltungen müssen durchgeführt werden. Auch eine Beratung für den Arbeitsmarkt werde vermisst und die Internetseite der Gleichstellungsbeauftragten müsse ausgebaut werden. Ein überparteiliches Netzwerk von Frauen sei gewünscht und eine größere Präsenz in der Öffentlichkeit. In ihrer Fraktion seien 50 % der Mitglieder Frauen. Das Engagement ihrer Fraktion werde bei allen Vorhaben angeboten.

KTM Prof. Dr. Klapdor sagt, dass seine Fraktion mit der Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten in der Kreisverwaltung zufrieden sei und bedankt sich bei Frau Lamers. Er stellt drei Nachfragen. Ein typisches Problem sei der Wiedereinstieg nach der Familienphase. Leider sei in der Statistik bei den Einstellungen von außen nicht ersichtlich, inwieweit dort auch Frauen aus der Familienphase kommen. Daher würde ihn interessieren, inwieweit ein Thema für die Kreisverwaltung sei, hier Frauen zu unterstützen. Weiterhin sei auf S. 11 die Leistungsprämie angesprochen und dass Frauen hier unterrepräsentiert sind und es seien zwei Thesen aufgestellt worden, woran dies liegen könnte. Ihn würde interessieren, wie hier weiter vorgegangen wird, damit man zukünftig wisse, wo das Problem liegt und was man hiergegen machen könne. Ferner sei auch schon angesprochen worden, dass Frauen weniger an Fortbildungsmaßnahmen teilnehmen. Er erkundigt sich, inwieweit die Kreisverwaltung hier Unterstützung geben kann.

Landrat antwortet, dass die Fragen von KTM Prof. Dr. Klapdor schriftlich beantwortet werden.

Kreistag nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 232 /WP14

Besetzung des Gremiums
Forum für Seniorinnen und Senioren

Landrat berichtet von der einstimmigen Beschlussempfehlung des Kreisausschusses.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Frau Susanne Siebert wird als Vertreterin und Herr Martin Püschel als Stellvertreter für das Forum für Seniorinnen und Senioren benannt.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 244 /WP14

Imagefilm des Kreises Kleve

Es findet die Präsentation des aktualisierten Imagefilms des Kreises Kleve "Kreis Kleve ... mehr als niederrhein" statt.

Kreistag nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 253 /WP14

Resolution des Kreistages Kleve zur Einbeziehung des Kreisgebiets in den Feldversuch Lang-Lkw der Bundesregierung

Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vom 23.04.2015

KTM Prof. Dr. Klapdor sagt, dass seine Fraktion sich frage, warum etwas, was in anderen Bundesländern möglich ist, in NRW nicht möglich sei. In der Nähe der Grenze zu den Niederlanden würde "Kleinstaaterei" nicht weiter helfen. Daher solle die Meinung mit einer Resolution kenntlich gemacht werden. Mit dem Verweis in den Fachausschuss sei seine Fraktion einverstanden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vom 23.04.2015 wird in die nächste Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Strukturplanung verwiesen.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 226 /WP14

Entwurf einer Satzung über die Erhebung von Beiträgen im Rahmen des Angebotes "Offene Ganztagschule im Primarbereich" an Förderschulen des Kreises Kleve

Landrat berichtet, dass der Schul- und Kulturausschuss und der Kreisausschuss empfohlen haben, die Angelegenheit ohne Beratung und Beschlussempfehlung dem Kreistag zu seiner nächsten Sitzung zur Entscheidung vorzulegen.

KTM Franken bringt die Verwunderung seiner Fraktion zum Ausdruck, dass die im Fachausschuss erbetenen Informationen nicht zu den Fraktionssitzungen vorlagen. Seine Fraktion beantragt eine Sitzungsunterbrechung. Er habe sich die Regelungen von ein paar Kommunen angese-

hen und dort würde es unterschiedliche Einkommensgrenzen geben. In der Ergänzungsvorlage Nr. 226b/WP14 spreche die Verwaltung vom zu versteuernden Einkommen. Dies sei bei anderen Satzungen anders und werde für unglücklich gehalten. Es sei nach der Gebührenstruktur in den Kommunen gefragt worden, weil z.B. über eine Beitragsfreiheit bei mehreren Kindern nachgedacht werden müsse. Auch die Frage, nach Beiträgen bei unterschiedlichen Trägerschaften sei nicht beantwortet.

Landrat erwidert auf die erste Äußerung von KTM Franken, dass die Verwaltung die Informationen nicht für die Fraktionssitzungen sondern für den Kreistag versprochen habe.

KTM Ulrich verweist auf die ausführliche Diskussion im Fachausschuss. Dass die Informationen als Tischvorlage vorliegen würden, wäre nicht ungewöhnlich. Ihre Fraktion sei abstimmungsbereit und wird dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zustimmen. Die Argumente der SPD können nicht nachvollzogen werden. Alles was in der Satzung stehe, sei auch Diskussion im Fachausschuss gewesen und allein die Frage nach der Finanzierungsstruktur bei mehreren Kindern sei offen geblieben. Insbesondere sei auch die Frage nach dem Jahreseinkommen diskutiert worden. Der Satzungsentwurf sei mit den kommunalen Partnern abgestimmt worden. Eine Evaluation und Anpassung der Satzung sei jederzeit möglich.

KTM Eicker bringt zum Ausdruck, dass ihre Fraktion weitere Zahlen erwartet habe. Es sei nur aufgelistet, was für das 2. und 3. und 4. Kind zu bezahlen sei und nicht, wie überhaupt die Gebührenstruktur im Kreis ist. Letztlich wolle man verhindern, dass Eltern ihre Kinder abmelden, weil es teuer wird. In Geldern sei die Gebührenstruktur z.B. eine ganz andere. Man müsse das Problem der unterschiedlichen Trägerschaft betrachten. Es würde Familien geben, die z.B. ein Kind in der Grundschule in städtischer Trägerschaft haben und ein weiteres Kind z.B. in der Förderschule. Fraglich sei, ob es dann für das Geschwisterkind auch eine Ermäßigung geben würde. Dies hätte ihre Fraktion gerne gewusst.

KTM Wucherpfennig stellt dar, dass es nach dem Kreismodell für die Eltern in Goch eine günstigere Situation vorliegen würde. Dies gelte für das 2. und 3. Kind, aber nicht für das 4. Kind. Es würde durchaus Familien geben, bei denen für mehrere Kinder Förderbedarf besteht. Bei 4 Kommunen sei die Situation gleichbleibend mit dem Kreis. Beim 2. Kind würde für die Eltern in einigen Kommunen eine Verschlechterung durch das Kreismodell eintreten. Beim 3. Kind erhöhe sich die Zahl der Kommunen, bei denen eine Verschlechterung eintrete nochmals. Insgesamt trete somit eine ungünstigere Situation ein. Es gehe um die Frage, ob sich für manche Eltern die Beiträge erhöhen würden und deshalb evtl. auf den offenen Ganzttag verzichten.

KTM Prof. Dr. Klapdor möchte die Diskussion im Fachausschuss nicht wiederholen. 4 Kinder mit Förderbedarf im Primarbereich gleichzeitig in der Schule zu haben, sei unrealistisch. Im Fachausschuss sei über die Einkommensgrenzen gesprochen worden und es sei zu berücksichtigen, dass bei den Kommunen bisher regelmäßig das Bruttoeinkommen angesetzt worden sei und jetzt das zu versteuernde Einkommen. Dies sei eine Verbesserung für eine große Anzahl an Personen.

KTM Heinrichs ist verwundert über die Diskussion. Ziel sei es doch, dass die Fördersituation zum nächsten Schuljahr vernünftig laufen würde und die Regelungen klar sind. Es werde neu begonnen und daher appelliert er, dass einfach erstmal mit einer Regelung angefangen werde und danach geschaut werde, ob und was verbessert werden müsse. Die SPD-Fraktion habe zudem die Ideen seiner Fraktion in einem Antrag übernommen.

KTM Trenckmann sagt, dass ihre Fraktion die Kalkulationsgrundlage wissen wollte. Die Frage sei nicht beantwortet worden. Wichtig sei zu wissen, inwieweit Eltern nunmehr andere Beträge zahlen. Prozentzahlen würden da nur am Rande zählen. Dies könne die Verwaltung doch wahrscheinlich schnell ergänzen und vortragen.

Landrat führt aus, dass auf Bitte aller 16 Bürgermeister im Kreis Kleve der Bereich neu geordnet worden sei. Jedem sei klar, dass wenn man aus mehreren Systemen ein System macht, nicht innerhalb des einen Systems Unterschiede bestehen sollten. Die Satzung sei dem Fachausschuss in dem Bemühen vorgelegt worden, eine einheitliche Regelung zu schaffen. Es sei klar, dass eine unbekannte Anzahl von Eltern danach eine andere Regelung als bisher vorfinden würde. Es müsse heute zu einer Entscheidung kommen. Es gehe nicht ohne Veränderungen, es sei denn, man würde für den Kreis keine einheitliche Regelung treffen. Ihm sei nicht klar, was die SPD-Fraktion wolle und was die Alternative sei.

Kreistag einigt sich einvernehmlich auf eine 10-minütige Sitzungsunterbrechung.

Es findet eine Sitzungsunterbrechung von 17:43 bis 17:53 Uhr statt.

KTM Franken beantragt im Namen seiner Fraktion vor, den § 2 Abs. 2 so zu verändern, dass es heißt "..., so entfällt der Elternbeitrag für das 2. und jedes weitere Kind der Familie". Der Antrag vom 05.05.2015 habe sich erledigt.

KTM Ulrich erklärt, dass ihre Fraktion dem nicht zustimmen wird.

Der Antrag der SPD-Fraktion wird mehrheitlich bei 20 Gegenstimmen abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 19 Gegenstimmen und 1 Enthaltung

Beschluss:

Die Satzung über die Erhebung von Beiträgen im Rahmen des Angebotes "Offene Ganztagschule im Primarbereich" an Förderschulen des Kreises Kleve wird entsprechend dem in der Anlage beigefügten Entwurf beschlossen.

Vorlage Nr. 227 /WP14

Zu Punkt 7 der Tagesordnung:

Zweijährige Berufsfachschule - berufliche Kenntnisse und Fachhochschulreife - mit der Fachrichtung Technik und dem fachlichen Schwerpunkt Bau- und Holztechnik (APO-BK Anlage C5) am Berufskolleg des Kreises Kleve in Kleve;
Erweiterung der Zügigkeit zum Schuljahr 2015/16

Landrat berichtet von der einstimmigen Beschlussempfehlung des Kreisausschusses.

Ltd. KVD Boxnick berichtet, dass die benachbarten Schulträger und die betroffenen Bildungspartner keine Einwendungen gegen das Vorhaben haben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Vorbehaltlich der Genehmigung durch die Bezirksregierung Düsseldorf wird die zweijährige Berufsfachschule - berufliche Kenntnisse und Fachhochschulreife - mit der Fachrichtung Technik und dem fachlichen Schwerpunkt Bau- und Holztechnik (APO-BK Anlage C 5) am Berufskolleg des Kreises Kleve in Kleve ab dem Schuljahr 2015/2016 zweizügig geführt.

Zu Punkt 8 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 229 /WP14

Gemeinsame Beschulung von Fachklassen des dualen Systems im Berufsbereich Metalltechnik 1 nach APO-BK Anlage A und Erweiterung der Zügigkeit am Berufskolleg des Kreises Kleve in Kleve zum Schuljahr 2015/16

Landrat berichtet von der einstimmigen Beschlussempfehlung des Kreisausschusses.

Ltd. KVD Boxnick berichtet, dass die benachbarten Schulträger und die betroffenen Bildungspartner keine Einwendungen gegen das Vorhaben haben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Vorbehaltlich der Genehmigung durch die Bezirksregierung Düsseldorf werden die Fachklassen des dualen Systems im Berufsbereich Metalltechnik 1 nach APO-BK Anlage A ab dem Schuljahr 2015/16 gemeinsam beschult und die Zügigkeit dieser verbundenen Fachklasse am Berufskolleg des Kreises Kleve in Kleve auf zwei Züge festgelegt.

Zu Punkt 9 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 222 /WP14

Finanzierungsbeteiligung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden an den Aufwendungen für kommunale Leistungen nach dem SGB II und Regelung eines Härteausgleichs

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Da eine erhebliche Härte bei den Aufwendungen für kommunale Leistungen im Rahmen der Finanzierungsbeteiligung gemäß § 5 AG SGB II NRW im Jahr 2014 nicht eingetreten ist, scheidet die Regelung eines Härteausgleichs für das Jahr 2014 aus. Eine Härteausgleichssatzung 2014 wird somit nicht erlassen.

Zu Punkt 10 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 245 /WP14

Mitteilungen

Kreistag nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 11 der Tagesordnung:

Anfragen

KTM Habicht stellt eine Anfrage zu der am 11.12.2014 beschlossenen Positionierung zum Freihandelsabkommen TTIP. Es seien 1,8 Millionen Unterschriften gegen TTIP gesammelt worden, zahlreiche Demonstrationen durchgeführt worden und mehr als 150 Kommunen hätten sich mit einer Resolution befasst. Ein Rechtsgutachten würde den Kommunen einen Maulkorb verpassen wollen. Auf der Seite des Bundestags sei zu lesen, dass weder den Gemeinderäten noch den Kreistagen Befassungs- oder Beschlussfassungskompetenzen im Hinblick auf eine politische Erörterung oder Bewertung der geplanten Freihandelsabkommen zustehen würde. Er erkundigt sich, ob das Gutachten bekannt sei und wie der Kreis sich hiergegen positionieren würde.

KTM Eicker verweist auf die Anfrage ihrer Fraktion zu den Defibrillatoren. Sie habe in der Zeitung gelesen, dass der Kreis beabsichtigt, die Geräte für alle zentralen Kreisgebäude anzuschaffen. Sie erkundigt sich, was dies bedeutet.

KTM Krystof erkundigt sich zunächst danach, warum auf der neuen Homepage nicht mehr die Ergebnisse der Tests von Computerspielen mit Jugendlichen erscheinen. Weiterhin erkundigt er sich, ob der Nahverkehrsplan des Kreises Kleve online zur Verfügung gestellt werden könne und wenn nicht, warum nicht.

Landrat sichert die schriftliche Beantwortung aller Anfragen zu.

- - - - -